

Resolution

der Protestversammlung, einberufen von der Initiative „Demokratie und Rechtsstaat“ am 14. Mai 2008 in Klagenfurt/Celovec

Die Verteidigung des Rechtsstaates in Kärnten erfordert eine klare Absage an alle Aktivitäten, die die Ausländerfeindlichkeit anheizen, die die Ausübung von Religionsfreiheit einschränken und die Flüchtlinge und Asylsuchende kriminalisieren. Abzulehnen sind auch alle Bestrebungen, die staatsvertraglichen Grundrechte der slowenischen Minderheit auszudünnen und auf einen Minimalkonsens zu reduzieren.

Das vordergründige Interesse, den Frieden im Land zu wahren, darf nicht dazu führen, dass dem Konflikt zwischen der Wahrnehmung von Bundeskompetenzen und den Anmaßungen von Lokalpolitikern permanent aus dem Wege gegangen wird. Es ist genug geredet und dem Kärntner Gerede ausreichend lang zugeschaut worden – **jetzt muss Wien handeln, um dem Rechtsstaat in Kärnten wieder zur Geltung zu verhelfen.**

Nur die konsequente Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat kann auf Dauer den Frieden im Lande sichern.

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Protestversammlung der Initiative „Demokratie und Rechtsstaat“ fordern die Bundesregierung auf, umgehend das Gesetz des Handelns wieder in die Hand zu nehmen und das Schicksal der Demokratie im Bundesland Kärnten nicht länger dem freien Kräftespiel von Lokalpolitikern und Vereinsfunktionären zu überlassen. Der sofortigen Umsetzung der Spruchpraxis von Höchstgerichten in einem minderheitenfreundlichen und europäischen Sinne darf in Kärnten nichts länger im Wege stehen!